

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dr. Alexander Wolf, Dirk Nockemann, Krzysztof Walczak,  
Marco Schulz, Olga Petersen und Thomas Reich (AfD)**

**Betr.: Zeit für einen kühnen Wurf in der Kulturpolitik – Neue Oper für Hamburg  
verwirklichen!**

Unter dem rot-grünen Senat droht Hamburg immer mehr in einem Mittelmaß zu verharren. Es ist daher für Hamburg von großem Interesse, dass nicht alle Persönlichkeiten unserer Stadt diesen Abstieg kommentarlos hinnehmen wollen.

Dem Mäzen und Logistikunternehmer Klaus-Michael Kühne ist dieser Zustand ein Dorn im Auge. Er engagiert sich bereits auf anderen Feldern zum Wohle unserer Stadt. Mit der Kulturbehörde laufen nun schon seit längerem Gespräche über die Errichtung einer neuen Oper, für welche Kühne mit seiner Stiftung rund 300 Millionen Euro bereitstellen will. Dies ist auch deshalb von besonderem Interesse, weil das alte Operngebäude am Gänsemarkt – architektonisch ein Zeugnis der Nachkriegsmoderne und der damals aufstrebenden jungen Bundesrepublik – in die Jahre gekommen, baufällig und auch mit seiner Akustik nicht in einem Zustand ist, der einer Stadt wie Hamburg angemessen wäre.

Der Senat sollte konstruktiv dieses Engagement aufgreifen und nach Möglichkeit zu einem positiven Ergebnis führen. Zugleich ist bei einem Neubau der Oper – sei es an einem neuen Standort an der Elbe oder am traditionellen Ort – bewusst an die Traditionen der hamburgischen Baukultur anzuknüpfen. Hamburg darf diese Gelegenheit nicht leichtfertig verstreichen lassen.

**Die Bürgerschaft möge beschließen:**

**Der Senat wird ersucht,**

1. mit Herrn Klaus-Michael Kühne die Verhandlungen über den Neubau eines Opernhauses zeitnah konstruktiv zu führen und möglichst zu einem gedeihlichen Abschluss zu bringen;
2. das Projekt dabei mit einer möglichst geringen zusätzlichen finanziellen Belastung der Stadt durchzuführen, wobei neben den in Aussicht gestellten Mitteln von Herrn Kühne weitere Mittel für den Bau und den Betrieb aus dem Haushalt der Behörde für Kultur und Medien vor allem durch Streichung unnötiger Projekte freizumachen sind;
3. sich für einen architektonischen Entwurf einzusetzen, der sich an den Hamburger Bautraditionen orientiert;
4. der Bürgerschaft bis zum 31.12.2023 zu berichten.